

PRESSEMITTEILUNG

PRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24100 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Minderheitenpolitik

TOP 8

Heinz Maurus:

Gesetzentwurf ist Referenz an die Friesen

Ik grööt di Präsident/ik grööt di Präsidentin!
Lef Wüfhaur en Karming jir ön saal.

Ik frügi mi, dat ik deling Söl`ring snaki ken! Lars Harms heer en Gesets iinbraacht, en diaraur forhaneli wü deling. Didiar Gesets starket di friisk Spraak – en diarme uk dit Söl`ring. Man nu gair`t fiirer up Hoogdütsk.

Dieser Gesetzentwurf entspricht der Intention der EU-Sprachencharta und basiert nicht zuletzt auf unserer Landesverfassung. Dort heißt es in Art. 5 Abs. 2: „Die nationale dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung.

Dieses Verfassungsgebot müssen wir uns immer wieder vor Augen führen. Es muss für uns alle ständige Herausforderung sein. Von daher sind alle Initiativen grundsätzlich begrüßenswert, wenn sie einen Beitrag zur Förderung des Friesischen und damit zur Erfüllung dieses Verfassungsgebotes leisten.

Dies tut auch der vorliegende Gesetzentwurf zur Förderung des Friesischen im öffentlichen Raum, wenn auch nur bedingt. Der Gesetzesentwurf ist sehr weich formuliert, lässt den öffentlichen Verwaltungen Gestaltungsspielraum, setzt auf Freiwilligkeit und bringt letztlich die nahezu rechtliche Gleichstellung des Friesischen mit dem Niederdeutschen und der Minderheitensprachen mit den Fremdsprachen.

Dieser Gesetzesentwurf ist eine Referenz an die Friesen. Es wird der gute Wille des Parlaments deutlich, aber mehr nicht! Das müssen wir hier alle wissen und das müssen auch die Friesen wissen. Eine nahezu rechtliche Gleichstellung ist nun mal keine vollkommene Gleichstellung. Bei bindenden Verpflichtungen der öffentlichen Verwaltungen im Gesetz wäre es nicht mehr kostenneutral, würde manche Verfahren komplizieren und würde auf wenig Verständnis, selbst in den Verwaltungen des Kreises Nordfriesland, stoßen.

Denn, wenn wir uns die Verwaltungen / den öffentlichen Raum im Kreis Nordfriesland ansehen, stellen wir sehr schnell fest, dass auch dort nicht mehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die friesische Sprache beherrschen oder in der Lage sind, sie orthographisch richtig zu schreiben. Dies mag regional noch unterschiedlich sein. Auf Sylt sind in den sieben Bürgermeisterbüros keine friesisch sprechenden Mitarbeiter mehr anzutreffen. Im Amt Landschaft Sylt sprechen von rund 40 Mitarbeitern gerade mal 2 friesisch. Dies mag nur einen kleinen Einblick gewähren.

Von daher bleibt neben dem hier vorliegenden Gesetzesentwurf noch viel zu tun, vor allem in Kindergärten, Schulen und der Erwachsenenbildung, um unsere friesischen Sprachen als Kulturgut und Teil der Identität der Friesen zu erhalten, zu pflegen und fortzuentwickeln.